

Datum: 23.06.2014
Autor: Iris Frey

Keine Neckarquerung mehr geplant

MÜHLHAUSEN: Regierungspräsidium stellt Planfeststellungsverfahren für L1197 zwischen Aldingen und Mühlhausen ein



Die Arbeitsgemeinschaft Nordost kämpfte über viele Jahre lang gegen die geplante Neckarquerung. Im Bild Reinhold Weible, Friedrich-Wilhelm Kiel, Joseph Michl, Doris Mayer, Annette Schade-Michl (von links). Archivfoto: Frey

Freude bei der Arbeitsgemeinschaft Nord-Ost: Das Regierungspräsidium Stuttgart (RP) hat das Planfeststellungsverfahren für die Neckarquerung südlich von Remseck-Aldingen eingestellt. Die Arge hatte jahrelang dagegen gekämpft und Alternativvorschläge gemacht (wir berichteten).

Was für teils heftige Auseinandersetzungen sorgte, ist nun vom Tisch: Wie das Regierungspräsidium Stuttgart vor ein paar Tagen mitteilte, hat es die Planung der Neckarquerung mit der L 1197 südlich von Remseck-Aldingen aufgegeben und jetzt auch das Planfeststellungsverfahren eingestellt. Das Planfeststellungsverfahren südlich des Remsecker Teilorts Aldingen wurde laut RP im Jahr 2006 eingeleitet. Im Zusammenhang mit der Erstellung des neuen Maßnahmenplans Landesstraßen zum Generalverkehrsplan (GVP) des Landes wurde die Planung laut RP seit 2011 nicht mehr weiterverfolgt und das Planfeststellungsverfahren ruhte bis zur Verabschiedung des Maßnahmenplans durch die Landesregierung.

In dem von der Landesregierung am 20.11.2013 endgültig verabschiedeten Maßnahmenplan zum GVP ist die Neckarquerung nicht mehr enthalten. Da dieser Maßnahmenplan alle Landesstraßenprojekte enthält, die in den nächsten zehn Jahren umgesetzt werden können, wurde die Fortführung des Planfeststellungsverfahrens nun hinfällig und vom Regierungspräsidium Stuttgart eingestellt, teilte das RP mit. Die Arge Nord-Ost hat die Entscheidung begrüßt. Joseph Michl, Vorsitzender der Arge, erklärte: „Es ist die richtige Entscheidung des RP, das Planfeststellungsverfahren einzustellen. Er erinnerte daran, dass die Pläne bereits unter der Vorgängerregierung gescheitert seien.“

Die Planung habe seit 2010 geruht. Schon allein deshalb sei das Verfahren nicht mehr weiter zu führen gewesen, so Michl. 2005 war mit der Planung der so genannten „Andriof-Brücke“ begonnen worden, benannt nach dem damaligen Regierungspräsident Udo Andriof. Sie war als Landesstraße vorgesehen, nachdem die Bundesregierung beschlossen hatte, dass der Nordoststring wegen seiner schädlichen Auswirkungen auf die Umwelt nicht mehr geplant werden durfte, so Michel. Die „Andriof-Brücke“ lag auf der Trasse des Nordost-Rings.

„Das war kein Zufall. Durch Einsichtnahme der Arge Nord-Ost in die Akten erfuhr die Öffentlichkeit dann auch, dass diese offensichtliche Umgehung des Planungsverbotes von der IHK Stuttgart mit einer Spende in Höhe von 25 000 Euro angestoßen worden war, um den Nordoststring doch noch bauen zu können“, so Michl. Es sei folgerichtig vom RP und auch nicht geplant, hier nur eine Landesstraßenverbindung zu bauen. Die Arge erinnert daran, dass Andriof damals an den Stuttgarter IHK-Präsidenten geschrieben habe: „Diese Neckarquerung wäre kein Provisorium, sondern würde später Bestandteil des zweibahnigen Nord-Ost-Rings werden.“

Dann gab es Planfeststellungsverfahren mit drei Auslegungen und Erörterungsverhandlungen innerhalb von vier Jahren. Die Arge Nord-Ost hat mit den Städten Fellbach, Kornwestheim und den Umweltverbänden sich gegen das Bauvorhaben gewandt. „Selbst die Straßenplaner mussten schlussendlich einräumen, dass keine einzige Wohnstraße entlastet würde“, so Michl.

Der Bau sei aus Natur- und Landwirtschaftlichen Gründen gescheitert, aber auch politisch, sagt Michl. Die Arge Nord-Ost habe die Hoffnung, dass die Befürworter der Andriof-Brücke ihre „Alles oder Nichts“-Position aufgeben und kleinräumigen sowie verkehrslenkenden Maßnahmen zustimmen, die eine Erleichterung beim Verkehrslärm und den Abgasbelastungen erreichen.